

# Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

15. Oktober 2015

## An die allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg

### Entwürfe für die neuen «Bildungspläne 2016»

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Mitte September 2015 liegen die von der Landesregierung geplanten Bildungspläne für alle allgemeinbildenden Schulen des Landes im Internet vor. Jeder Bürger kann bis Ende Oktober hierzu auf elektronischem Wege Stellung nehmen.

Mit einer Frist von nur sechs Wochen hat das Kultusministerium die Anhörungszeit für die Bürgerinnen und Bürger allerdings sehr kurz gehalten. Da kann man den Eindruck gewinnen, gründliche Analysen und Stellungnahmen seien gar nicht erwünscht. Wir protestieren gegen diese zu knapp bemessene Zeit und fordern eine Verlängerung. Helfen Sie bitte mit, dafür zu sorgen, dass es eine solche Frist-Verlängerung gibt.

Für einen Einzelnen oder eine kleine Gruppe von Interessierten ist es allerdings nicht zu bewältigen, die vielen hundert Seiten Bildungsplan-Entwürfe zu sichten, geschweige denn sorgfältig zu untersuchen und zu beurteilen. Hierfür braucht es viele Fachleute aus allen Disziplinen; und das ist der Grund, warum wir uns heute an die allgemeinbildenden Schulen des Landes wenden.

Wir möchten Sie mit unserem Schreiben darum bitten, die folgenden eher grundsätzlichen kritischen Hinterfragungen der Entwürfe für die neuen Bildungspläne auch an Ihrer Schule zu erörtern, so dass in ganz Baden-Württemberg eine breite Diskussion über diese neuen Bildungspläne möglich wird:

- Die bisherige öffentliche Debatte über die neuen Bildungspläne drehte sich weitgehend um die Frage, ob und wie künftig in den Schulen des Landes «sexuelle Vielfalt» Thema im Unterricht sein sollte. Die hierfür ursprünglich formulierte «Leitperspektive» stieß auf eine breite Ablehnung und wurde daraufhin überarbeitet. Aber auch die neue Formulierung und speziell deren Konkretisierung in den Fachplänen ist wieder auf Kritik gestoßen, so von Seiten der Freien Evangelischen Schulen im Land. In einem Schreiben von Anfang Oktober 2015 heißt es unter anderem: «Die Schülerinnen und Schüler sollen sich laut dieser Leitperspektive [«Bildung für Toleranz und Akzeptanz der Vielfalt»] ausführlich mit ihrer eigenen Identität auseinandersetzen, sollen sich selbst in Frage stellen und sich dann in Bezug auf ihre Herkunft, ihre Fähigkeiten und ihre geschlechtliche Orientierung verorten. Und wenn sie es wollen, auch davon berichten (outen). Das wird die Arbeit an der Schule überfordern, ist doch die geschlechtliche Orientierung eine sehr persönliche und private Angelegenheit.»
- Schon im Januar 2014 hatte *Heike Schmoll*, die seit vielen Jahren für das Thema Schule und Bildung zuständige Redakteurin der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», die Leitperspektiven in den neuen Bildungsplänen kritisch unter die Lupe genommen und geschrieben: «Der gesamte Entwurf für den Bildungsplan atmet den Geist eines affirmativen Erziehungsverständnisses [...]. Er entwirft das Bild eines neuen Menschen nach dem Bild der grün-roten Landesregierung

in Stuttgart [...]. Das ist deshalb so gefährlich, weil Bildungsprozesse auf diese Weise zu einer einzigen Indoktrination werden können, weil die Beschreibung von Einstellungen und Haltungen schlimmstenfalls in schulische Gesinnungsprüfungen ausarten könnte, die es in beiden deutschen Diktaturen schon einmal gab.» («Der Gesinnungslehrplan», in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 24.1.2014)

- Unsere Lektüre der Leitperspektiven hat diesen Eindruck bestätigt. Dass mit den neuen Bildungsplänen neue, in keiner Verfassung oder keinem Gesetz festgeschriebene «Leitperspektiven» den roten Faden für alle Fachpläne bilden sollen und in jedem Fach berücksichtigt werden müssen, zwingt den Unterricht in ein fragwürdiges Korsett. Wir sehen die Gefahr einer Ideologisierung des Unterrichts. Alle 6 «Leitperspektiven» («Bildung für nachhaltige Entwicklung», «Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt», «Prävention und Gesundheitsförderung», «Berufliche Orientierung», «Medienbildung» und «Verbraucherbildung») bedürfen der Diskussion und öffnen mit ihren bisherigen Formulierungen Türen für einen Missbrauch und einen Unterricht, der sich nicht mehr an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden orientiert.

Wir haben uns zudem gefragt, ob es legitim ist, in einer pluralistischen Gesellschaft die Schulen des Landes auf umstrittene weltanschauliche Vorgaben festlegen zu wollen, die über die Gebote des Grundgesetzes und der Landesverfassung sowie das Gebot der wissenschaftlichen Orientierung des Fachunterrichts hinausgehen. Artikel 5 des Grundgesetzes fordert für die Hochschulen in Deutschland die Freiheit von Forschung und Lehre, bindet dabei aber die Lehre an die Treue zur Verfassung. Freiheit von Forschung und Lehre soll die Hochschulen vor einer unwissenschaftlichen Einflussnahme schützen. Die Bindung der Lehre an die Verfassungstreue soll sicherstellen, dass sich auch die Vermittlung der Wissenschaften in einem Werterahmen bewegen muss. Im Prinzip sollte dies auch für die Schulen gelten. In einer wissenschaftlich orientierten Welt muss sich auch der Schulunterricht an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Die notwendige Wertorientierung ist durch die Ziele von Erziehung und Bildung in der Landesverfassung festgelegt.

- *Eberhard Keil*, Fachleiter für Geschichte am staatlichen Seminar für Schulpädagogik in Stuttgart, hat die neuen Bildungspläne mit deutlichen Worten kritisiert und seine Ausführungen am Beispiel der Entwürfe für das Fach Geschichte belegt. In einem elektronischen Rundschreiben vom 28. September 2015 schreibt er: «Der neue Bildungsplan 2016 strebt ein Lernen im Gleichschritt aller Schüler aller Schulen der Sekundarstufe I an, diskriminiert mit seinen drei Niveaustufen mehr als dass er differenziert, verflacht das Fachniveau durch Überforderung, Altersunangemessenheit und fehlende Zielperspektiven, segmentiert und zerstückelt den Lernprozess der Fächer und ihre Lerngegenstände durch Kompetenztranchen und Niveau-Schichtschablonen, entmündigt Lehrende wie Lernende mittels einer isolierenden Selbst-Lernorganisation, durch bürokratische Zettel- und Test-Lernerei, also die Abkehr vom dialogisierenden gemeinsamen Klassenunterricht. Er zielt darauf ab, alle Schulen dem Einheitsschulkonzept der Gemeinschaftsschule zu unterwerfen.»

Uns hat alarmiert, dass der Fachleiter weiter ausführt, dass in seinem Fach «alle begründeten Einwände der Fachberater nichts fruchteten: Die 400 Lehrer der Lehrplankommissionen hatten das zu vollziehen, was ihnen das «Landesinstitut für Schulentwicklung» vorgab. Die Kompromisslosigkeit, mit der selbst ein so sinnvolles Anliegen wie die Vor- und Frühgeschichte abgeschmettert wurde, zeigt (wie vieles andere), dass es bei der Erstellung der Bildungspläne nicht um eine Hilfe für guten Unterricht geht, sondern um die Durchsetzung einer gleichgeschalteten Struktur des Schulwesens.»

- Zur Frage der Problematik einer durchgehenden Kompetenzorientierung in den neuen Bildungsplänen möchten wir zudem auf eine Veröffentlichung der GEW-Berlin vom Frühjahr 2015 verweisen. *Jochen Krautz*, Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal, schreibt in seiner Publikation «Kompetenzen machen unmündig» ([http://www.gew-berlin.de/public/media/20150622\\_streit1-kompetenzen.pdf](http://www.gew-berlin.de/public/media/20150622_streit1-kompetenzen.pdf)): «Das Kompetenzkonzept wurde durch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) mittels ihrer PISA-Studien als

neues Leitziel von Schule durchgesetzt. Dies geschah ohne demokratische Legitimation und am Souverän, den Bürgern, vorbei. Dabei kann das Kompetenzkonzept als wissenschaftlich ungeklärt gelten, es senkt empirisch nachweisbar das Bildungsniveau, widerspricht den Leitzielen eines demokratischen Bildungswesens, zersetzt didaktisches und pädagogisches Denken und Handeln und behindert Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu mündigen Staatsbürgern. Dennoch wird das Konzept weiterhin bildungspolitisch durchgesetzt. Lehrpläne werden dementsprechend umgeschrieben, Schulbücher danach umgestaltet, Lehrer daraufhin ausgebildet. Millionen von Steuergebern fließen zudem in entsprechende Forschung. Daher muss die in der Wissenschaft und von vielen Lehrern geleistete Kritik am Kompetenzkonzept der Öffentlichkeit bekannt werden. Denn das anscheinend rein innerpädagogische Problem ist tatsächlich ein gesellschaftspolitisches, das alle angeht: Eltern, Vertreter von Kultur und Wirtschaft sowie alle anderen Bürger müssen diskutieren, ob sie die Entwicklung einer ungebildeten und unmündigen Jugend hinnehmen wollen. Denn deren Bildungsanspruch wird missachtet, Demokratie, Kultur und Wirtschaft werden gefährdet.»

Wir finden, dass solche schwerwiegenden Kritikpunkte wie die oben referierten und von uns ergänzen zu einer breiten Diskussion herausfordern.

Die bisherigen Bildungspläne haben den Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg ausreichend Raum gelassen, um ihre pädagogische Freiheit verantwortungsbewusst auszufüllen. Lernen ist ein zwischenmenschlicher Vorgang, in dem sich Menschen in Beziehung entwickeln. Auch Kinder und Jugendliche sind keine programmierbaren Elemente eines Regelungssystems, sondern eigenständige Persönlichkeiten – und sie brauchen Lehrerpersönlichkeiten, die ihnen als begeisterte Experten ihres Faches, gute Erzieher, verantwortungsbewusste Bürger und sozial verbundene Mitmenschen begegnen.

Eine große Gefahr sehen wir darin, dass viele Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen und viele Eltern denken könnten, die neuen Bildungspläne seien nicht so wichtig. Dabei würde übersehen, dass die Freiräume, welche die bisherigen Bildungspläne ließen, mit den neuen Bildungsplänen geschlossen werden sollen. Das ist eines der Hauptziele der Kompetenzorientierung und der damit einhergehenden Verpflichtung der Schulen auf eng formulierte Bildungsstandards. Hinzu kommen die zunehmenden Versuche, mittels diverser Kontrollinstrumente Schule auf Messbares zu reduzieren, so wie es zum Beispiel auch in der Formulierung «teaching to the test» zum Ausdruck kommt. Lehrerinnen und Lehrer werden dann zu reinen Funktionären degradiert, welche die Anweisungen «von oben» eins zu eins umzusetzen haben. Zugleich wird ihnen vorgemacht, sie hätten alldem auch noch selbst zugestimmt. Die manipulativen Methoden des «Change Management» werden mittlerweile auch an unseren Schulen zur Anwendung gebracht. Das ist würdelos – und wirkliche Bildung bleibt dabei auf der Strecke.

Wir würden uns deshalb sehr darüber freuen, wenn wir mit unserem Schreiben dazu beitragen können, dass die Entwürfe für die neuen Bildungspläne auch in größeren Zusammenhängen eingeordnet und diskutiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de).